

Rheinblick

Mai 2014 · Nr. 3

EDITORIAL

Liebe Ingelheimer, heute halten Sie pünktlich zur Kommunalwahl die dritte Ausgabe unseres R(h)einblicks in Ihren Händen. Bitte werfen Sie ihn nicht mit den anderen Werbebroschüren einfach ungelesen weg. Wir „FBI-Agents“ haben uns viel Arbeit damit gemacht, Sie, anlässlich der Wahlen, wieder über unsere Ziele und Ansichten zu informieren. Informationen, die Sie aus keiner Zeitung oder sonst irgendwie über uns bekommen können. Denn so einfach ist es gar nicht seine politische Meinung unverfälscht an die Wählerschaft zu transportieren. Aus Platzgründen wird in den Zeitungen vieles gekürzt oder was weitaus schlimmer ist, gar nicht erst gedruckt. Deshalb haben wir 2009 unseren R(h)einblick ins Leben gerufen. Er soll Sie an den schönen Rheinblick von unserem Ingelheimer Wahrzeichen, dem Bismarckturm, erinnern. Gleichzeitig gibt er Ihnen den „reinen Einblick“ in Ingelheimer Politik.

Unser Ziel ist dabei Ihr „Durchblick“!
Hans-Werner Klose



Am 25. Mai FBI Freie Bürgerliste Ingelheim

Kommunalpolitik mit Weitblick

Von der FBI seit 2004 geforderte Themen wurden in Ingelheim konsequent umgesetzt

Die Freie Bürgerliste Ingelheim (FBI) macht Kommunalpolitik mit Weitblick. Viele der seit 2004 von der FBI geforderten Themen wurden, trotz anfänglich ablehnender Haltung der anderen Parteien, nach und nach umgesetzt. Seit 2004 forderte die FBI bereits die Belebung der Innenstadt durch eine Kongress- und Kulturhalle und der Verlagerung des Weiterbildungszentrums mit Musikschule in das Stadtzentrum. Auch die Ansiedlung eines Hotels ist bereits seit Langem eine zentrale Forderung der FBI.

Die von der FBI initiierte Senkung der Grundsteuer kommt allen Bürgern zugute. Bereits im Wahlprogramm 2009 war die Forderung nach einer Ansiedlung der Montessori-Schule in Ingelheim formuliert. Nach zähen Verhand-

lungen hat die Montessori-Schule nun bei uns ihr Zuhause gefunden. 2009 forderten die Freien Bürger den Erhalt des KGH in Ober-Ingelheim. Es gab zu diesem Zeitpunkt die Planung, das Kinder-gemeinschaftshaus (KGH) abzuschaffen und die Kinder in einer anderen Einrichtung unterzubringen. Auch wurde die Verkaufsabsicht des Investors der „Neuen Mitte“ bereits vor Baubeginn durch die FBI vorhergesagt. Vernunft braucht Ihre Stimme! Das KGH blieb erhalten, die Kongress- und Kulturhalle kommt! Das Weiterbildungszentrum wird unsere Innenstadt beleben.

Wir machen Kommunalpolitik ohne Parteibrille, deswegen am 25. Mai 2014 – nicht links nicht rechts, sondern geradeaus für Ingelheim mit der FBI!

Sven Kutzner



Bereits 2004 forderte die FBI eine Kulturhalle.

Bild: Loomn

Was bedeutet Kumulieren und Panaschieren?

Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Mitglieder des Stadtrates zu wählen sind. Der Stadtrat in Ingelheim besteht aus 36 Mitgliedern, daher hat jeder Wahlberechtigte 36 Stimmen zum Vergeben. Der Wähler kann seine Stimmen nur Bewerbern geben, deren Namen im Stimmzettel aufgeführt sind.

Kumulieren

Unter Kumulieren (von lat. *cumulus* – Haufen) oder auch Häufeln versteht man die Möglichkeit bei Personen-Mehrstimmwahlsystemen, mehrere Stimmen auf einen Kandidaten abgeben zu können, um dessen Position innerhalb einer offenen Liste zu verbessern.*

Der Wähler kann innerhalb der ihm zustehenden Stimmenzahl (Ingelheim = 36 Stimmen) einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben.

Panaschieren

Panaschieren (von frz. *panacher* – mischen) ist die Möglichkeit bei Personen-Mehrstimmwahlsystemen mit freier Liste seine Stimmen auf Kandidaten verschiedener Listen zu verteilen.*

Der Wähler kann seine Stimmen innerhalb der ihm zustehenden Stimmenzahl (Ingelheim = 36 Stimmen) Bewerbern aus verschiedenen Wahlvorschlägen (Parteien und Wählergemeinschaften) geben. **Martin Fendrich*

Der Wähler vergibt seine Stimmen durch Ankreuzen oder eine andere eindeutige Kennzeichnung wie z. B. Zahlenangabe von 1 bis 3.

Wahlvorschlag durch Listenstimme

Der Wähler kann durch Kennzeichnung eines Wahlvorschlags diesen unverändert annehmen. D. h. er gibt nur einer Partei oder Wählergruppierung sein Stimmrecht. In diesem Fall wird jedem auf dem Stimmzettel aufgeführten Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten eine Stimme zugeteilt.

Bei Mehrfachnennungen – auf dem Wahlschein – erhalten ...

- a) dreifach aufgeführte Bewerber = 3 Stimmen
- b) doppelt aufgeführte Bewerber = 2 Stimmen

Streichung von Bewerbernamen

Streichungen von Bewerbernamen gelten nicht als Vorbehalt oder Zusatz und sind erlaubt. Bewerbern, deren Namen vom Wähler gestrichen wurden, werden keine Stimmen zugeteilt.

Stimmenzahl wird nicht ausgeschöpft

Hat der Wähler seine Stimmenzahl nicht ausgeschöpft, gilt die Kennzeichnung des Wahlvorschlags als Vergabe der nicht ausgeschöpften Stimmen. In

diesem Fall wird jedem Bewerber des Wahlvorschlags von oben nach unten – mit Ausnahme der vom Wähler bereits gekennzeichneten, gestrichenen oder eingetragenen Personen eine Stimme zugeteilt.

Bitte beachten, dass die Wunschartei vom Wähler im oberen Bereich auf jeden Fall immer angekreuzt wird. Wird dies versäumt, erhält nur der angekreuzte Kandidat die Stimme/n. Alle anderen Stimmen gehen dann verloren.

Ungültige Stimmabgabe

Die Stimmabgabe ist ungültig, wenn der Stimmzettel ...

- a) als nicht amtlich hergestellt erkennbar ist oder für ein anderes Wahlgebiet oder einen anderen Wahlbereich gültig ist
- b) keine Kennzeichnung oder Eintragung enthält
- c) der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei erkennbar ist
- d) ein Zusatz oder Vorbehalt enthalten ist. Streichungen von Bewerbernamen gelten nicht als Vorbehalt oder Zusatz. Bewerber, deren Namen vom Wähler gestrichen wurden, werden keine Stimmen zugeteilt

Stimmen sind auch ungültig, wenn ...

- a) eine Person, die der Wähler wählen will, nicht zweifelsfrei zu erkennen ist

- b) der Stimmzettel gegenüber einer Person, die der Wähler wählen will, einen Zusatz oder einen Vorbehalt enthält
- c) über die zulässige Stimmenzahl hinaus Personen eingetragen oder gekennzeichnet sind; dabei ist bei der Zuteilung der Stimmen die Reihenfolge der Personen von oben nach unten auf dem Stimmzettel maßgebend
- d) eine wählbare Person mehr als einmal aufgeführt ist, hinsichtlich der weiteren für sie abgegebenen Stimmen. *Dorothea Erb*



Am 25. Mai FBI 

Unser Blick auf die Ingelheimer Jugend

Als jüngste Stadtratskandidatin in der Geschichte Ingelheims liegt mein besonderes Augenmerk auf der Ingelheimer Jugend. Mit meinem Thema „Ort für die Jugend“ will ich eine Örtlichkeit schaffen, die sich an Konzepten beliebter Bars und den Wünschen der Ingelheimer orientiert.

Mit der Ingelheimer Kunsthalle haben Künstler die Möglichkeit ihr Können zu zeigen. Wir haben aber auch unglaublich talentierte junge Musiker in Ingelheim, die nur bedingt die Möglichkeit haben hier vor Publikum zu spielen, nicht zuletzt, weil eine passende Atmosphäre fehlt. Dieser Punkt muss aufgegriffen werden, um ihnen eine Bühne zu bieten.

Ebenso ist es unumgänglich und auch richtig, Wert auf die Wünsche und Vorstellungen der Einwohner zu legen, bevor ein Projekt in Angriff genommen wird, was in der Vergangenheit leider zu selten bei Projekten geschah, die die Jugend betreffen.

Wir müssen uns sensibilisieren und dürfen das Potenzial, welches in den Ideen junger Menschen steckt, nicht



David Menk, Maren Hassemer, Marina Lazár, Laura Wild (vorne), Max Rahn, Angelina Kemmerling, Alina Krüger, Richard Gaul, Jan Lunow (vorne), Jeremy Fuchs (von links nach rechts)

Foto: Oliver Kemmerling

ignorieren. Daher biete ich auch einen Ansprechpartner auf Augenhöhe, der genau wissen will was unsere Jugend bewegt und was sie von Ingelheim erwarten, mit der Hoffnung Ziele in Zusammenarbeit und zur Zufriedenheit aller zu erreichen.

Auch sehe ich es als meine Aufgabe an komplexe Themen, die jeden betreffen,

so transparent zu gestalten, dass jeder eine reelle Möglichkeit hat, sich dazu zu äußern, seine Meinung zu vertreten und gegebenenfalls selbst aktiv zu werden.

Als oberstes Ziel all jener Dinge steht Ingelheim attraktiv und l(i)ebenswert für jedermann zu gestalten, vollkommen unabhängig von Alter und ethnischen Kriterien. *Angelina Kemmerling*

Seniorengerechter Wohnungsbau?

In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Wohnungsmarkt für Senioren stark verändert. Es gibt von vielen Trägern Vorschläge für altersgerechte Wohnungen und Wohngemeinschaften für Senioren. In der Öffentlichkeit hat dieses Thema ein unrühmliches Echo mit dem Betreuten Wohnen in der San-Pietro-Straße erfahren.

Die Politik muss bei allen städtischen Vorhaben Vorgaben erstellen, die bei Seniorenwohnheimen, Betreuten Wohneinrichtungen oder Senioren-Wohngemeinschaften berücksichtigt werden müssen. Diese Vorgaben müssen auch die Bereiche betreffen,

die an Dritte weiter vermietet werden, wenn die zukünftige Nutzung bekannt ist.

Jüngstes Beispiel ist der zweite Bauabschnitt neben der Mütze in Ober-Ingelheim. Hier möchte die Rheinhessen-Fachklinik Demenz-Wohngemeinschaften im Obergeschoss einrichten. Die im Bau- und Planungsausschuss vorgestellten Entwürfe sind völlig unzureichend. Es ist nicht akzeptabel, dass in Wohngemeinschaften die Privatsphäre der Bewohner nicht gewährleistet ist, weil zum Beispiel nicht für jeden Bewohner ein eigener Sanitärraum zur Verfügung steht. *Wolfgang Weitzel*

Heinzelmännchen sind nicht voll ausgelastet

Seit dem Juni 2013 gibt es die Ingelheimer Heinzelmännchen. Die ehrenamtlichen Helfer bieten kostenfreie Hilfe bei vielen Problemen des Alltags. Beispiele sind: Abstatten von Besuchen, Begleitung bei Spaziergängen oder Arztbesuchen, Gesprächspartner, Vorlesen und auch Babysitten u.v.a.m. Die hoch motivierten ehrenamtlichen Helfer sind zu ihrem großen Bedauern nicht ausgelastet. Jede weitere Nachfrage und durchgeführte Hilfe freut und begeistert die Helfer.

Liebe Ingelheimer, nutzen Sie dieses unvergleichbare nachbarschaftliche Angebot! Machen Sie nicht nur sich selbst eine Freude, sondern auch den lieben Helfern. Die Telefonnummer 06132 8980422 ist immer erreichbar.

Dorothea Erb (Die wegen Zusammenbau eines Regalbestsatzes lieber die Heinzelmännchen um Hilfe bittet)



Mehr Sicherheit und Lärmschutz für Altenzentrum

Manche Ingelheimer können sich noch an die Zeiten erinnern, als es in den 80er Jahren in der Turnerstraße in Nieder-Ingelheim in der Diskothek „Paradies“ (heute Bogarts) vier Mal pro Woche richtiges Nightlife in Ingelheim gab.

Negative Konsequenz waren allerdings Lärm verursachende Motorräder, die zu nächtlicher Stunde das Krankenhausklientel um den Schlaf brachte.

Doch irgendwann gab es Besserung: Zwischen Carolinenstraße und Prinzen-

straße wurde die Einfahrt für Krafträder verboten. Die Krafträder nahmen kurze Umwege in Kauf und im Krankenhaus war man für die Maßnahme sehr dankbar.

Jetzt haben die Bewohner des Altenzentrums Sohl ein ähnliches Problem: Bedingt, dass viele Schüler der benachbarten Berufsschule mit einem motorisierten Zweirad mobil unterwegs sind, ist an ein gemütliches Mittagsschläfen nicht zu denken und eine gefahrlose Überquerung der San-Pietro-Straße oft nicht möglich. Deshalb kann es im Sinne der Bewohner des Altenzentrums Sohl nur eine Lösung geben:

Ein Verbot der Durchfahrt von Kraft-rädern auf der San-Pietro-Straße zwischen Sandhöbel und Grundstraße.

Für die motorisierten Zweiradfahrer ergibt sich kein großer Umweg und den Senioren wäre sehr geholfen.

Wir kommen hoffentlich alle einmal ins Seniorenalter! *Erwin Menk*



Herr Bitz am Altenzentrum im Sohl. Fahrlehrer Erwin Menk als „Verkehrsröwdy“

Senioren wünschen sich mehr Betreutes Wohnen

Ingelheimer Senioren sehen einen großen Nachholbedarf bei der Schaffung von Wohnraum zum betreuten Wohnen. Insbesondere für Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen gibt es viele Nachfragen. Die Wartezeiten zur Deckung dieses Bedarfes sind entschieden zu lang. Mitunter dauert es bis zu einem Jahr oder noch länger, bis der erforderliche Wohnraum zur Verfügung steht. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird sich

diese Situation in Ingelheim nicht verbessern, sondern garantiert verschärfen.

Außerdem gibt es in Ingelheim eine Vielzahl von Senioren, die ein spezielles Angebot zum betreuten Wohnen im gehobenen Segment vermissen.

Sämtliche befragten Senioren wünschen sich einen altersgerechten Wohnraum in der Nähe der Stadtmitte. Hier steht der Wunsch nach fußläufigen Entfernungen zum ansässigen Einzel-

handel, den gängigen Arztpraxen und zum Aufsuchen der Gastronomie im Vordergrund.

Die FBI setzt sich dafür ein, dass dieser Bedarf durch die WBI (Städtische Wohnungsbaugesellschaft) in naher Zukunft gedeckt wird. Folgende Standorte bieten sich an: Thorn'sches Gelände in Frei-Weinheim und Bahnhofstraße – Gelände „Alte Polizei“.

Dorothea Erb



Zugang zum Altenzentrum im Sohl

Wildes Parken an der Rheinwelle Vergangenheit?



Unser Listenmitglied Bernd Schmelzeisen beklagte in einem Leserbrief am 2. Februar 2014 die Parksituation an der Rheinwelle (linkes Bild). Alle Fraktionen im Stadtrat haben diese Situation im Gleichklang moniert. Bislang war man vonseiten der Verwaltung allerdings der Meinung, dass für die Schaffung der notwendigen zusätzlichen Parkplätze



kein geeignetes Gelände zur Verfügung stehen würde. Wir fragen: Ist es möglich, dass die unmittelbar am Parkplatz der Rheinwelle anschließenden Brachflächen (rechtes Bild) kurzfristig ohne Weiteres für die Herstellung zusätzlichen Parkraums genutzt werden können? Wir bleiben dran!

Bernd Schmelzeisen

Wirtschaftsförderungsbeirat nicht einschläfern

Innerhalb der Terminübersicht des Jahres 2014 waren keine Termine der Sitzungen des Wirtschaftsförderungsbeirates zu finden. Nachdem der Oberbürgermeister bereits die für den 29. 10. 2013 angesetzte Sitzung aus terminlichen Gründen kurzfristig abgesagt hatte und eine neue Terminierung ausblieb, stellte sich heraus, dass der OB ohne Abstimmung mit den Fraktionen die Institution des Wirtschaftsförderungsbeirates eingeschläfert hatte.

Die FBI hat sich inzwischen gegen diese absolutistische Vorgehensweise gewehrt. Während der Stadtratsitzung vom 24. 3. 2014 gelang die Re-Aktivierung des Wirtschaftsförderungsbeirates.

Unser Oberbürgermeister ist von dieser Re-Aktivierung wenig begeistert und der Meinung, dass mit seinem sporadisch abgehaltenen „Stammtisch“ das Thema Wirtschaftsförderung ausreichend behandelt wird. Diese Haltung ist nicht zu akzeptieren. Die FBI fordert, dass die aus den Fraktionen beauftragten Mitglieder dieses Gremiums mit



Wirtschaftsförderung – In Ingelheim besteht Handlungsbedarf

Vorschlags- und Stimmrechten ausgestattet werden, um konstruktiv und zielführend arbeiten zu können.

Die Sitzungen des Wirtschaftsförderungsbeirates dürfen keine reinen Informationsveranstaltungen des OB sein, sondern sollen die Ideen, Meinungen und Verbesserungsvorschläge der entsandten Fraktionsmitglieder bündeln. Hierfür ist die Durchführung der Sitzungen des Wirtschaftsförderungsbeirates

notwendig. In Ingelheim besteht absoluter Handlungsbedarf zur Förderung von Klein- und Mittelständischen Unternehmen. Dies hatte die FBI bereits im Wahljahr 2009 angemahnt.

Die FBI verfügt über umfassende Kompetenzen zu diesem Thema. Ein großer Teil der Fraktionsmitglieder ist selbstständig tätig und führt ein kleines oder mittelständisches Unternehmen.

Dorothea Erb

Ziele der FBI von 2004 bis 2019



Belegung des Stadtzentrums mit Kultur, Bildung, Jugend, Besucher durch den Bau einer Kongress- und Kulturhalle, Verlagerung des Weiterbildungszentrums mit Musikschule in diesen Bereich, Angebote der Jugendarbeit und Ansiedlung eines Hotels

Eine Verbesserung der Attraktivität des Stadtbildes im Zentrum, mehr Handel, mehr Dienstleistung, mehr Gastronomie, mehr Lebensqualität durch eine effektivere Nutzung der städtischen Grundstücke

Erhalt des Ober-Ingelheimer KGH (Kindergemeinschaftshaus) in der bewährten und von der Elternschaft gewünschten Form und bestmögliche Förderung eines Neubaus des Kindergartens St. Michael

Ausbau des Bildungsangebotes in Ingelheim durch eine Internationale Schule und eine Internationale Bilinguale Montessori-Schule

Sichere und bezahlbare Energie in Ingelheim durch eine weitgehend vom Weltmarkt losgelöste Energieversorgung

Prüfung des Stadtbusbetriebes durch die Stadt und Einsatz von Kleinbussen beim Stadtbusverkehr zu verkehrsschwächeren Zeiten mit Ausweitung der Fahrzeiten in den Abendstunden

Schnellere Realisierung von infrastrukturellen Maßnahmen im Bereich der Verkehrsführung

Die effizientere Arbeit des Amtes für Wirtschaftsförderung durch eine zuständige Stelle für Wirtschaft, Tourismus und Kultur. Konsequente Nutzung aller Fördermöglichkeiten, Lobbyarbeit und Ausnutzung des einzigartigen Vorsprungs der Stadt Ingelheim: statt Sparbuch sinnvolle Zukunftsinvestitionen

Eine angemessene finanzielle städtische Vereinsförderung, insbesondere Förderung der vereinsseitigen Jugendarbeit

Stadtseitige Erhöhung der Standortattraktivität für Gewerbesteuerzahler

Einrichtung eines Bürgerbüros im Rathaus mit durchgehenden Öffnungszeiten

Mehrheitswillen orientierte Flurbereinigungsplanung in der Gemarkung Groß-Winternheim

Die Optimierung der Lärmschutzmaßnahmen an der neuen L 428

Alle stadtseitigen Verwaltungsvorschriften und -tätigkeiten müssen auf ihre tatsächliche Notwendigkeit hin überprüft werden, die administrativen Ablaufprozesse konsequent vereinfacht und mit Höchstbearbeitungszeiten versehen werden

Die Ergebnisse der Ausarbeitung von ehrenamtlichen Bürgergremien zwingend durch Fachgutachten untersucht und weiter verfolgt werden

Städtische Aufträge bevorzugt dem Mittelstand mit regionaler Mitarbeiterstruktur und möglichst nicht an Generalunternehmer übertragen werden

Städtischer Straßenbau weg vom Flickwerk erfolgt

Die städtische Ressourcenvorhaltung auf die Aufgaben zu reduzieren, die nicht an Privatunternehmen übertragen werden können, ohne die Bürger zusätzlich zu belasten

Neubau der Emmerichshütte

Fusion Ingelheim mit Heidesheim und Wackernheim

Entwicklung Thornsches Gelände Frei-Weinheim für altersgerechtes Wohnen

Prüfung der freien innerstädtischen Bauflächen auf Bauwilligkeit der Eigentümer

Entwicklung Baugebiet Münchborn

Warum FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim

In der Kommunalpolitik wird die politische Handlung von jedem direkt wahrgenommen und die Auswirkungen auch unmittelbar positiv oder auch negativ erlebt.

Naturgemäß kennen wir die in der Kommunalpolitik engagierten Personen meist persönlich. Der Wähler glaubt somit zu wissen für was die Menschen, die er wählt, persönlich stehen. Wenn da nicht die Bundesparteien wären und die Parteiräson.

Unser Stadtrat besteht aus 36 gewählten Mitgliedern und dem direkt gewählten Oberbürgermeister. Von 37 stimmberechtigten Stadträten sind 28 Mitglieder den Bundesparteien zuzurechnen. Es verbleiben somit neun Stadtratsmitglieder, welche nicht bun-

desparteipolitisch verpflichtet sind. 29 Stadträte stehen zuallererst für die Ziele ihrer Bundespartei. Und diese Ziele müssen nicht zwingend gut für Ingelheim sein.

Der Einzelne wird in diesem Bundesparteiensystem durch den Fraktionszwang gleichgeschaltet. Die an sich in der Kommunalpolitik vorgesehene Direktwahl der Person wird durch den Fraktionszwang in den späteren Entscheidungsprozessen im Stadtrat ausgehebelt. Somit ist sichergestellt, dass immer die bundespolitischen Ziele der Fraktion Priorität, auch für die Kommunalpolitik, haben. Und eben nicht die Meinung der gewählten Person. Der demokratische Grundgedanke sieht das eigentlich umgekehrt vor.

Deshalb ist es wichtig, dass es Menschen gibt, die sich politisch engagieren, ohne den Fokus auf bundespolitische Ziele zu setzen. Menschen, die keine parteipolitische Überzeugung oder gar Ideologie mit ihrer politischen Arbeit verbinden. Menschen, die sich ausschließlich zum Wohle ihrer Kommune in die Politik einbringen. Menschen, die Probleme beim Namen nennen und niemanden verpflichtet sind. Menschen, die keine Vorteile aus ihrer politischen Arbeit erwarten und solche auch nicht haben.

Dafür stehen wir von der FBI.

Ihr Hans-Werner Klose

Am 25. Mai FBI 

Ein Pro und Kontra der Fusion von Ingelheim mit Heidesheim und Wackernheim

Die Veranstaltungen mit den Bürgern in den betroffenen Gemeinden zeigen, dass das Thema hochgradig emotional besetzt ist.

Die Ausgangsbasis

Heidesheim hat einen Bürgerauftrag die Zusammenführung mit Ingelheim herbeizuführen.

Wackernheim sieht das Ganze kritisch, da befürchtet wird, dass damit die Eigenständigkeit verloren geht. Ingelheim befindet sich erst am Anfang der Prüfungsphase, da außer den Ratsmitgliedern der FBI und der Grünen alle anderen Räte die Aufnahme von Gesprächen zwischen den Gemeinden bis Ende 2013 konsequent abgelehnt haben.

Die Vorteile einer Fusion

Für Ingelheim: Einwohnerzahl steigt auf ca. 36 000; Ausweis von großen zusätzlichen Baugebieten für Gewerbe und Wohnbebauung wird möglich; Einnahmen aus Steuerzuweisung steigen; Bedeutung als Mittelzentrum und Kreisstadt nimmt zu. Für Heidesheim und Wackernheim: solide Haushaltssituation; bessere Ausgangslage für die eigene Zukunftsgestaltung als Stadtteile von Ingelheim; geringere Steuerlast für die Bürger.

Die Nachteile einer Fusion

Für Ingelheim: erhöhte finanzielle Belastungen durch evtl. gegebenen Investiti-

onsstau in den neuen Stadtteilen; Aufwand bei Neugestaltung der Verwaltung.

Für Heidesheim und Wackernheim: evtl. Identitätsverlust und Wegfall von Verwaltungskompetenzen.

Das Resümee

Grundsätzlich wird deutlich, dass die Risiken einer Fusion für *alle* gering erscheinen. Im anstehenden Prozess müssen alle relevanten Fakten zweifelsfrei erarbeitet und den Bürgern aufgezeigt werden. Die Bürger von Ingelheim, Heidesheim und Wackernheim müssen auf der Basis dieser Fakten völlig ergebnisoffen über die Fusion entscheiden dürfen.

Was meint FBI?

Bei einem guten Geschäft gibt es immer zwei Gewinner!

Für die Fusion von Ingelheim, Heidesheim und Wackernheim wünschen wir uns *drei Gewinner!*

Mehr zum Thema auf www.ingelheim.at

Hans-Werner Klose



Ingelheimer Kulturhalle endlich in Realisierung

Die Bürgerliste FBI forderte schon vor Jahren endlich die Erstellung, einer Kreisstadt angemessenen Kultur- und Veranstaltungshalle anzugehen. Die anderen politischen Parteien sprachen damals davon, dass dies nicht notwendig sei und wenn, dann aber bitte eine Mehrzweckhalle für sportliche und kulturelle Veranstaltungen. Man wollte damit sieben Fliegen auf einen Streich fangen – leider funktioniert das aber in der Realität nicht.

Kulturhalle mit modernster Technik

Eine Mehrzweckhalle kann die technischen Anforderungen in Sachen Raumakustik, Ton-, Licht- und Videoausstattung für eine, dem heutigen Standard entsprechenden Kultur- und Veranstaltungshalle (KVH), nicht erfüllen. Aus diesem Grunde war es für uns bei FBI von Anfang klar, dass Ingelheim eine reine Kultur- und Veranstaltungshalle braucht. Gottseidank haben sich in der nahen Vergangenheit die anderen politischen Gruppierungen eines Besseren besonnen und sich unserem Vorschlag

angeschlossen. Man will es jetzt auch „richtig“ machen, was wir sehr begrüßen.

Fassungsvermögen ca. 850 Personen

Leider schränkt die geografische Lage der nun geplanten KVH das Fassungsvermögen auf ungefähr 850 Sitzplätze in Reihenbestuhlung ein. Ein paar mehr Plätze hätten es schon sein dürfen, damit auch bekanntere Künstler mit höherem Besucherzuspruch bei uns gastieren könnten und wir dadurch Besucher aus dem weiteren Umfeld anlocken könnten.

Planungswerkstatt hat sich bewährt

Wir sind froh, dass es seitens der Stadt eine Planungsgruppe, zusammengesetzt aus Mitgliedern aller Parteien, der WBI, dem Architekturbüro und Fachplanern gibt, die sich intensiv mit diesem Thema befassen. Auch ich habe meine, aus 35 Jahren resultierenden Erfahrungen in der Medientechnik als Ratschläge in Sachen Ausstattung der Medientechnik eingebracht. Das Fachplanungsbüro hatte der Stadt gute Vorschläge in diesem Bereich unterbreitet, die allerdings an manchen Stellen ohne Qualitätsverlust

günstiger ausgeführt werden können. So schlagen wir vor das, als Weltneuheit zu bezeichnende elektronische Raumnachhallsystem „Constellation System“ des US-Herstellers Meyer Sound in unsere Halle zu integrieren. Hiermit hat man die Möglichkeit per Knopfdruck die Nachhallzeit der Halle zu verändern, sie optimal an die Forderung der Darbietung (E-Musik, Sprache brauchen kurze Zeiten bis max. 1 Sekunde, Klassische Musik benötigt ca. 1,8 bis 2,2 Sekunden) anzupassen. Solche variablen Raumzeiten waren bisher nur mit bis zu dreimal so teuren mechanischen Lösungen möglich und lässt dadurch die enorme Summe von ca. 750 000 Euro in einem anderen Blickwinkel erscheinen. Außerdem kann das elektronische System während des Events szenenbedingt eingesetzt und umgeschaltet werden. Eine bis heute (Mitte 2014) nirgendwo in Deutschland fest eingebaut vorhandene Möglichkeit.

Ein Alleinstellungsmerkmal für Ingelheim

Wenn unsere KVH hoffentlich Ende 2016 mit diesem System integriert eingeweiht wird, wird es wahrscheinlich nur max. zwei bis drei weitere Hallen mit diesem System in Deutschland geben. Das macht Ingelheim zur bevorzugten Veranstaltungsstätte seitens bekannter Künstler, Theaterensembles, Orchester und Pop/Rockgruppen. Das auf jeden Fall erforderliche Beschallungssystem braucht nicht den maximalen Anforderungen von großen, bekannten Pop- und Rockgrößen zu entsprechen, da diese meistens sowieso ihre eigene Technik mitbringen. Eine gute, dem heutigen Standard entsprechende Grundausstattung für die allgemeinen Veranstaltungen genügt daher vollkommen. Das Gleiche gilt für die Licht- und Videotechnik.

Wichtige FBI-Zielvorstellung wird realisiert

Wir vom FBI unterstützen all diese technischen Maßnahmen um unsere Kulturhalle in unserer Region zum Unikat werden zu lassen und dadurch Menschen von außerhalb einen Anreiz zu geben unsere schöne Stadt zu besuchen und zu beleben.

Günther Christ



Die richtige Raumakustik steigert das Erlebnis für Zuhörer und Künstler.

LED-Straßenbeleuchtung spart Steuergelder!



LED-Beleuchtungstechnik (Bild rechts) leuchtet ressourcenschonend mit natürlicher Farbtemperatur.

Bilder: FBI

Seit 2012 kämpfen wir für die Einführung der LED-Technik in der Straßenbeleuchtung. Unser Antrag die Straßenbeleuchtung in Zukunft nur noch mit LED-Leuchten auszuführen wurde in der Haushalteberatung 2012 einstimmig im Stadtrat verabschiedet. Die anderen

Fraktionen halten sich aber bis heute nicht an den eigenen Beschluss. Die jährlichen Energiekosten der Straßenbeleuchtung betragen rund 400 000 Euro. Bei einer Umrüstung aller Leuchten auf die LED-Technik würde sich der Betrag auf 155 000 Euro reduzieren, was für

den Energieversorger die Rheinhessische eine Mindereinnahme von 231 000 Euro bedeutet. Die CO₂-Einsparung liegt dann bei 683,22 t pro Jahr und würde das Klimaschutzkonzept der Stadt einen großen Schritt vorwärts bringen.

Wolfgang Weitzel

Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2012

Das Klimaschutzkonzept der Stadt wurde einstimmig von allen Fraktionen verabschiedet. In vielen Entscheidungen spielen die im Klimaschutzkonzept getroffenen Regelungen eine unbedeutende Rolle.

80 % Energieeinsparung durch LED-Technik

Die Energieersparnis von LED-Straßenlampen liegt um über 80 % günstiger als die heutige Straßenbeleuchtung, die aufgrund einer Europarichtlinie bis 2015 ausgewechselt sein sollte. Wir hatten zum Haushalt 2012 einen Antrag eingebracht, bei der Erneuerung der Straßenbeleuchtung nur noch LED-Beleuchtung einzusetzen. Dieser Antrag wurde in den Gremien einstimmig beschlossen.

Die Realität heute sieht so aus, dass der Beschluss als Grundsatzbeschluss bezeichnet wird, von dem abgewichen werden kann. Die FBI ist die einzige Fraktion, die bei jeder Maßnahme die

Einhaltung dieses Beschlusses fordert. Dies wird in den meisten Fällen zurückgewiesen, da die Umsetzung nach Auskunft der Rheinhessischen nicht wirtschaftlich sei und ein Nachweis nicht erbracht wurde. Hier gibt einen Energieversorger – der viel Geld an der Stadt Ingelheim verdient – vor, was in Ingelheim umgesetzt wird. Bei der Umsetzung der Maßnahmen haben die Gremien keinen Einfluss, da die Ausschreibungen und Vergaben in der Rheinhessischen durchgeführt werden und die Politik somit keinen Einblick hat.

30 000 Euro für Klimakarte zu teuer?

Eine Klimamessung für das ganze Stadtgebiet hat die Fachhochschule Bingen als gefördertes Bundesprojekt für neun Monate durchgeführt. Der Antrag, den Betrachtungszeitraum zu verlängern und somit langfristig belastbare Modelle für Ingelheim zu bekommen, wur-

de mehrheitlich abgelehnt, obwohl die Kosten hierfür aufgrund der vorhandenen Ausstattung des Forschungsteams mit 30 000 Euro sehr niedrig waren.

Wärme und Klimatisierung über Erdwärme

Die Wärmegewinnung für die Bebauung Neuer Markt wird nun über Erdwärme realisiert. Bedauerlich ist aber, dass man bereits heute für die Renovierung des Rathauses diese Technik nicht nutzen möchte, da dies zu teuer wird. Es wird nicht langfristig geplant, sondern wieder die Wirtschaftlichkeit vor den Klimaschutz gestellt.

Bei dieser Betrachtungsweise bleibt nur eine Hochglanzbroschüre „Klimaschutzkonzept“ übrig, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit präsentiert wird. Wichtig ist aber nicht die Broschüre, sondern dass deren Inhalt mit Leben gefüllt wird. Das sind wir unseren Nachkommen schuldig! *Wolfgang Weitzel*

Spende von 2000 Euro an das Haus St. Martin

Am 13. März besuchte eine Abordnung der Fraktion das Haus St. Martin und überreichte Stefan Lorbeer, dem Leiter des Hauses, eine Spende von 2000 Euro für das geplante Projekt, eine Übergangswohngruppe für junge Erwachsene einzurichten.

Die Spende wurde bei der Listenaufstellung zur Kommunalwahl von den Mitgliedern der Wählergemeinschaft beschlossen. Das einstimmige Votum der Mitglieder war, die Kosten des Wahlkampfes um die Spende zu kürzen.

Mit der geplanten Wohngruppe sollen die Jugendlichen, die altersbedingt die Einrichtung verlassen müssten, zukünftig auf ein Leben nach dem Haus St. Martin vorbereitet werden.

Bei einem zweistündigen Rundgang mit Stefan Lorbeer und dem Bewohner Luca wurde uns die Einrichtung gezeigt. Dabei konnten wir viele Probleme, die im täglichen Alltag der Mitarbeiter auftreten, direkt miterleben. Bei allen Mitgliedern der Abordnung war dies ein einschneidendes Erlebnis. In unserer zukünftigen Arbeit im Stadtrat und in den Ausschüssen werden wir die zu



Spende der FBI für das Haus St. Martin. Von links: Angelina Kemmerling, Wolfgang Weitzel, Erwin Menk, Hans-Werner Klose, Luca, Stefan Lorbeer, Sven Kutzner und Dorothea Erb.

Foto: FBI

leistende Arbeit in diesem Bereich mit all unseren Möglichkeiten unterstützen.

Das Haus St. Martin in Ingelheim ist eine heilpädagogische und therapeutische Fördereinrichtung für Kinder und Jugendliche mit Schwerst-Mehrfach-

behinderung. Die Einrichtung verfügt derzeit über 46 Plätze für die vollstationäre Unterbringung und fünf weitere für die Kurzzeitbetreuung im Rahmen der Verhinderungspflege.

Wolfgang Weitzel

Eine neue Schwimmhalle für Vereine und Schulen

Seit fast vier Jahren wird im Zweckverband Regionalbad ergebnislos um die Erweiterung der Rheinwelle mit einem zweiten Sportbecken gerungen. Das Erfolgskonzept der Rheinwelle liegt in der Kopplung von Erlebnisbad, Sauna und Schwimmen. Diese Erfolge wird unser Partner im Zweckverband, die Stadt Bingen, nicht aufgeben. Dies lässt sich an den zuletzt durchgeführten Erweiterungsmaßnahmen, welche nur den Saunabereich betraf, gut nachvollziehen. Die geplanten Maßnahmen bezüglich Erweiterung der Spinde etc. wurden wieder zurückgestellt, da hierdurch die für das nun vorhandene Personal im Wirtschaftsbereich unterdimensionierte Räumlichkeiten zwingend geändert werden müssten, weil dann kein Bestandschutz mehr geltend gemacht werden

kann. Die Vorplanungen für eine weitere Halle an der Rheinwelle haben folgendes Ergebnis erbracht:

- Die Schwimmhalle für Vereine würde das Gesicht des Hauses verändern.
- Das Becken hätte auch eine Länge von 25 m.
- Bei Wettkämpfen müsste das Sportbecken der Rheinwelle weiterhin gesperrt werden.
- Die Nutzung des zweiten Beckens durch Besucher der Rheinwelle wäre nur mit erhöhtem Personal zu gewährleisten.

Um den Wassersport treibenden Vereinen eine Alternative zu bieten, schlagen wir vor, dass der Bau einer Schwimmhalle für Schulen und Vereine im Sportzentrum Blumengarten in der Nähe des

Freibades geprüft wird. Dies hätte aus unserer Sicht folgende Vorteile:

- Eine Bahnlänge von 50 m für Wettkämpfe.
- Die Rheinwelle wäre bei Wettkämpfen der Wassersport treibenden Vereinen nicht mehr gesperrt.
- Für alle Schulen würde sich der Weg zum Schwimmbad verkürzen.
- Die Rheinwelle könnte ihrer originären Aufgabe, als Sportbad für die Bevölkerung zu dienen, wieder gerecht werden.

Das vielfach bemängelte kalte Wasser im Freibad im Früh- und Spätsommer könnte durch eine Anbindung der Technik an die neue Schwimmhalle behoben werden. Dadurch wäre auch eine längere Öffnungszeit des Freibades von April bis Oktober möglich.

Wolfgang Weitzel

Verkehrsberuhigt mit Regeln

Viele Jahre musste man in Ingelheim warten, bis aus den ersten Planungen die erste Fußgängerzone in Ingelheim entstand. Zwischen Römerstraße (Bahnhof) und Bingerstraße (Nonna Martha) gibt es jetzt endlich einen von allen Seiten beliebten Kulturtreff.

Die südlich davon gelegene Binger- und Bahnhofstraße wurde als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen. Im Gegensatz zur Fußgängerzone ist hier Kraftfahrzeugverkehr möglich. Dies hat den Vorteil, dass man für einen schnellen Einkauf in der Nähe der Apotheke anhalten kann. Also gut für Bürger und auch für Geschäftsinhaber. Den vorbildlichen Verkehrsteilnehmern ist selbstverständlich klar:

1. Fußgänger dürfen die Straße in ihrer ganzen Breite benutzen, Kinderspiele sind überall erlaubt.
2. Der Fahrzeugverkehr muss Schrittgeschwindigkeit einhalten.
3. Die Fahrzeugführer dürfen die Fußgänger weder gefährden noch behindern, wenn nötig, müssen sie warten.
4. Die Fußgänger dürfen den Fahrzeugverkehr nicht unnötig behindern.

5. Das Parken ist außerhalb der dafür gekennzeichneten Flächen unzulässig, ausgenommen zum Ein- oder Aussteigen, zum Be- oder Entladen.

Mit dem zweiten Punkt, der Schrittgeschwindigkeit, haben immer noch einige Verkehrsteilnehmer ein Problem. Nach der Wortauslegung der Regel ist unter Schrittgeschwindigkeit eine langsame Geschwindigkeit zu verstehen, die der eines normal gehenden Fußgängers entspricht (nach OLG Köln VRS 73,221ff entspricht diese Geschwindigkeit etwa vier bis sieben Kilometer pro Stunde).

Im Gegensatz dazu wird nach einer anderen Ansicht von einer Geschwindigkeit gesprochen, die weit unter 20 Kilometer pro Stunde anzusiedeln ist. Begründet wird diese extensive Interpretation mit dem Argument, dass Radfahrer und andere Zweiradfahrer bei vier bis sieben Kilometer pro Stunde nur instabil fahren könnten.

Deshalb wird in der gängigen Rechtsprechung (und auch vom Ordnungsamt Ingelheim) eine Geschwindigkeit bis zu zehn Kilometer pro Stunde toleriert. Wer nicht in der Lage ist, bei dieser Geschwindigkeit sein zweirädriges Gefährt stabil zu führen, muss schieben.

Erwin Menk

FBI steht für...

- transparente Kommunalpolitik
- die Bürger Ingelheims in die Offensive gehen,
- gemeinsam die Zukunft gestalten
- bereit sein für Veränderung und Fortschritt.

Das ist jedoch nur möglich mit einem starken Partner an unserer Seite und das ist die Bevölkerung von Ingelheim. Deshalb am 25. Mai 2014 FBI.

Waldemar Smuda

Ergebnisse von Radarkontrollen

Bei einer mit einem Verkehrserfassungsgerät durchgeführten 24-Stunden-Messung ergab sich in der Straße „Im Saal“, Nieder-Ingelheim in Fahrtrichtung von Ost nach West folgendes Ergebnis:

- Bis 20 km/h 37,5 Prozent
- 21 bis 30 km/h 51,7 Prozent
- Über 30 km/h 10,8 Prozent

Ob in der Bahnhofstraße, in der Binger Straße oder im Saal. Für die allgemeine Sicherheit und die Lebensqualität der Anwohner ist die Einhaltung der Schrittgeschwindigkeit wünschenswert. Dabei geht es wirklich einfach:

Ersten Gang einlegen und mit Standgas vollkommen stressfrei, gemütlich fahren. Ausprobieren – es funktioniert wirklich. Und genießen Sie ein Stück „Entschleunigung“.



Verkehrsberuhigung in der Stadtmitte.

Impressum

Ingelheim, Mai 2014

FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim e.V.

www.fb-ingelheim.de

Brüder-Grimm-Str. 44, 55218 Ingelheim

Telefon (0 61 32) 82 21

Telefax (0 61 32) 712 69 89

E-Mail info@fb-ingelheim.de

Redaktion: Wolfgang Weitzel

Herstellung: Mayart GmbH

Ihre Kandidaten und Kandidatinnen der FBI ...für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014



Hans-Werner Klose
klose@fb-ingelheim.de



Wolfgang Weitzel
weitzel@fb-ingelheim.de



Erwin Menk
menk@fb-ingelheim.de



Sven Kutzner
kutzner@fb-ingelheim.de



Dorothea Erb
erb@fb-ingelheim.de



Angelina Kemmerling
kemmerling@fb-ingelheim.de



Bernd Schmelzeisen
schmelzeisen@fb-ingelheim.de



David Klose
d.klose@fb-ingelheim.de



Dr. Dr. Roswitha Ritter
ritter@fb-ingelheim.de



Waldemar Smuda
smuda@fb-ingelheim.de



Antje Heinrichs
a.heinrichs@fb-ingelheim.de



Günther Christ
christ@fb-ingelheim.de



Heinz-Dieter Grunow



Claudia Wenger
wenger@fb-ingelheim.de



Volker Kacmaczyk



Gerhard Albrecht
albrecht@fb-ingelheim.de



Ute Machemehl
machemehl@fb-ingelheim.de



Martin Heinrichs
m.heinrichs@fb-ingelheim.de

**Vernunft braucht
Ihre Stimme!**

